

„Perspektive 2035“ | 17.07.2017 | Lesezeit 2 Min.

Sozialversicherungen: Demografischer Wandel verbietet Wahlgeschenke

Auch wenn die Bevölkerung in Deutschland aufgrund der hohen Zuwanderung vorerst weiter wächst - in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung überwiegt der demografische Alterungseffekt, also steigen die Ausgaben. Soll das heutige Leistungsniveau gehalten werden, wird's deutlich teurer.

Wer die Entwicklung des deutschen Sozialversicherungssystems prognostizieren will, begibt sich auf dünnes Eis. Denn die Ausgaben der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung hängen von vielen Faktoren ab - und diese lassen sich weder einzeln noch in ihrem wechselseitigen Einfluss exakt beziffern.

Zu den Unberechenbarkeiten gehören vor allem Schocks auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Politik, die gerade die Sozialversicherungen gern dazu benutzt, ihre jeweilige Wählerklientel mit immer neuen Leistungen zu umwerben. Jüngste Beispiele dafür sind die Mütterrente und die Rente mit 63.

Trotz dieser Unsicherheiten lässt sich unter bestimmten Annahmen zumindest annähernd abschätzen, wie sich die Ausgaben der Sozialversicherungen entwickeln werden:

In der gesetzlichen Krankenversicherung werden die Pro-Kopf-Ausgaben von 2016 bis 2035 um rund 7 Prozent steigen.

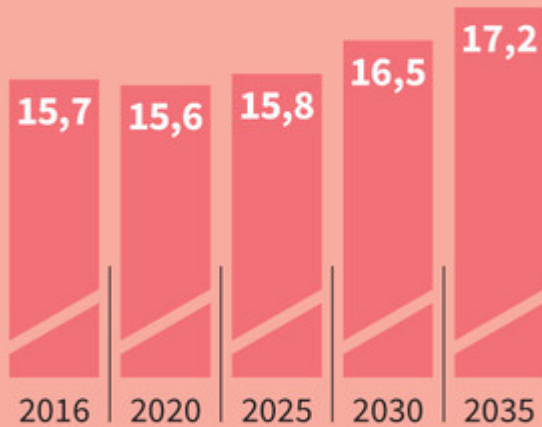
In der Pflegeversicherung steigen die Pro-Kopf-Ausgaben sogar um gut 35 Prozent. Ein Grund für diesen starken Kostenschub ist, dass Pflegeleistungen sehr personalintensiv sind und deshalb kaum von Produktivitätsfortschritten und neuer Technik profitieren.

In der Rentenversicherung kommt es darauf an, welches Sicherungsniveau man zugrunde legt: Bei konstantem Sicherungsniveau steigt der aktuelle Rentenwert mit den Bruttolöhnen - dann wachsen die Pro-Kopf-Ausgaben bis 2035 um mehr als 52 Prozent.

Die Kosten des demografischen Wandels lassen sich nicht allein durch Produktivitätssteigerungen ausgleichen.


Sozialversicherungen: Langfristig immer teurer

Ausgaben für die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung ohne Verwaltungskosten in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Gesetzliche Rentenversicherung: bei konstantem Sicherungsniveau vor Steuern

Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit, Bundesversicherungsamt, Deutsche Rentenversicherung, Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Unterstellt man dagegen, wie es in Paragraph 154 des Sozialgesetzbuchs VI festgelegt ist, dass das Mindestsicherungsniveau bis 2020 bei 46 Prozent des Durchschnittsverdiensts liegt und danach nur noch bei 43 Prozent, dann steigen die Pro-Kopf-Ausgaben bis 2035 „nur“ um knapp 44 Prozent.

Alles zusammengenommen bedeutet das (Grafik):

Sollen die heutigen Leistungsansprüche auch in Zukunft bedient werden, steigen die Ausgaben der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung ohne Verwaltungskosten von 15,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2016 auf 17,2 Prozent im Jahr 2035.

Nun scheint der Unterschied von 1,5 Prozentpunkten nicht besonders groß zu sein, doch schon beim nominalen BIP des Jahres 2016 ginge es immerhin um fast 47 Milliarden Euro – im Jahr 2035 wären es noch wesentlich mehr.

Was eine nachhaltige Sozialpolitik ausmacht

Die Politik muss deshalb zahlreiche Fragen beantworten. Wie die Lasten des demografischen Wandels zwischen den Generationen aufgeteilt werden, ist bei weitem nicht die schwierigste. Denn eine nachhaltige Sozialpolitik muss auch berücksichtigen, dass hohe Beitragsbelastungen negative Folgen für den Arbeitsmarkt haben und damit das potenzielle Wachstum schmälern.

Zugleich werden sich die Kosten der Bevölkerungsalterung kaum allein durch künftige Produktivitätssteigerungen ausgleichen lassen (siehe Interview [„Wir müssen dem demografischen Wandel etwas entgegensetzen“](#)).

Notwendig ist vielmehr eine geschickte Kombination verschiedener Maßnahmen. In der Rentenpolitik zum Beispiel wäre das einerseits eine Haltelinie für die Beitragssätze, andererseits eine höhere Altersgrenze für den Renteneintritt. Spielraum für weitere Wahlgeschenke gibt es jedenfalls nicht.

Kernaussagen in Kürze:

- Das Altern der Gesellschaft lässt die Ausgaben der Sozialversicherungen laut Prognose des IW Köln von heute 15,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2035 auf 17,2 Prozent steigen.
- Schon gemessen am heutigen BIP wären das Mehrkosten von fast 47 Milliarden Euro - 2035 dürfte der Anstieg noch weit höher sein.
- Produktivitätssteigerungen allein werden nicht genügen, um diese Entwicklung auszugleichen. Es bedarf vielmehr einer geschickten Kombination von Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite.